

So sieht's aus, wenn wir es schaffen

Österreichs Regierung macht Ernst mit ihrer Klimapolitik. Wirtschaft und Alltagsleben können in nur wenigen Jahren völlig umgekrempelt werden – in einem Ausmaß, das nur wenigen bewusst ist VON WALTER OSZTOVICS



Wasser, Bauland, Landwirtschaft, Mobilität: Wie werden wir leben, wie wird Österreich aussehen, wenn die ökologische Transformation weiter fortgeschritten ist?

Wien ist eine rasch wachsende Großstadt, jedes Jahr entstehen rund 12.000 neue Wohnungen. Die Baubranche boomt. Doch sie wird sich ab 2023 mit veränderten Spielregeln konfrontiert sehen: Dann dürfen nämlich Gebäude nur noch ohne Gasanschluss errichtet werden, und für Heizung, Warmwasser und Kühlung muss die Energie aus erneuerbaren Quellen kommen. Die städtischen Baubehörden schlagen in ihren Broschüren Erdwärme, Biomasse oder Fotovoltaik vor, zudem bietet Wien ein dichtes Fernwärmenetz an.

Den rund 400.000 bereits bestehenden Gasheizungen in älteren Häusern geht es ebenfalls an den Kragen, allerdings wird ihnen eine Übergangsfrist bis 2040 gewährt. Doch da die Gemeinde selbst rund 24 Prozent aller Wohnungen besitzt, wird zumindest dieses knappe Viertel deutlich schneller dekarbonisiert werden.

Es ist nicht mehr zu übersehen, dass die politischen Verantwortlichen die Sache mit dem Klimaschutz ernst nehmen. Die Klimastrategie Emission2030, die vor Kurzem einfach nur ein ambitioniertes Programm war, ist inzwischen größtenteils in Gesetze gegossen und mit Geld unterfüttert. Ob die Maßnahmen genügen, wird sich zeigen, klar ist aber schon jetzt: Hier ist eine Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft in Gang gekommen, die in den nächsten Jahren das Leben aller verändern wird.

Den Betroffenen ist die Tragweite dieses Umsturzes noch gar nicht so wirklich ins Bewusstsein gedrungen. Die Arena Analyse 2022 mit dem Titel *Ein harter Weg* hat sich deshalb die Aufgabe gestellt, einige der jetzt eingeleiteten Entwicklungen gründlicher zu Ende zu denken. Am ehesten fallen den Bürgerinnen und Bürgern beim Wort »Klimaschutz« noch Windräder, Solarpanels und E-Autos ein. Doch die Energie- und Verkehrswege unter dem Motto »Alles fährt, heizt und produziert mit Ökostrom« stellt nur den Anfang dar. Auch beim Sektor Wohnen – nach der Industrie und dem Verkehr der drittgrößte Verursacher von CO₂-Emissionen – geht es längst nicht mehr nur um Wärmedämmung und umweltfreundliches Heizen. Vielmehr erwarten die Expertinnen und Experten, dass der Kampf gegen den Klimawandel deutliche Veränderungen in der gesamten Siedlungsstruktur nach sich ziehen wird.

Höher gelegene alpine Regionen werden an Attraktivität gewinnen, wenn das Klima wärmer wird – denn das passiert in jedem Fall, auch wenn die Erderwärmung auf zwei oder 1,5 Grad eingebremst werden kann. Leider werden aber zunehmende Wetterextreme den Hitzegefährdungen das Leben in den Gebirgstälern vergällen. Schon jetzt arbeiten die Gemeinden in Tirol und Salzburg emsig daran, sich gegen wiederkehrende Hochwasser, Hangrutschungen und Muren-Abgänge zu schützen – und denken gleichzeitig darüber nach, wovon sie künftig leben sollen, wenn der Schnee im Winter und damit der einträgliche Tourismus ausbleibt.

Es braucht eine neue Form des sozialen Wohnbaus

Im Rest von Österreich wird sich der ohnehin bestehende Trend zur Urbanisierung verstärken – die scheinbare Gegenbewegung durch Homeoffice auf ländlichen Zweitwohnsitzen während der Pandemie ändert nichts daran. Denn die individuelle Mobilität in Regionen ohne dichtes öffentliches Verkehrsnetz wird bald teuer werden, zudem wird die Raumplanung eine längst fällige Kehrtwendung vollziehen und Grünflächen schützen, statt sie ständig in lukratives Bauland umzuwidmen. Billige Grundstücke für Eigenheime werden also rarer. Dafür gewinnen die Städte an Attraktivität, denn deren Strategien gegen den Klimawandel bestehen in mehr Grün und weniger Autoverkehr.

Die Kehrseite der Medaille: Wenn immer mehr Menschen in Städte ziehen, steigen dort die Immobilienpreise, umso mehr, als diese Wohnungen saniert und technologisch aufgerüstet werden. Doch wo werden die Bezieher niedriger Einkommen wohnen, wenn gleichzeitig das Bauen auf dem Land erschwert und durch Klimaschutz-Auflagen verteuert wird? Die Antwort wird in einer neuen Form des sozialen Wohnbaus liegen müssen, der nicht – wie vor 100 Jahren – die Wohnungsnot bekämpft, sondern die Gefahr, dass CO₂-Slums entstehen, wo Menschen hausen, für die das schöne neue klimagerechte Leben einfach nicht erschwinglich ist.

Soziale Konflikte drohen ohnehin, wenn sich die Politik einmal dem viertgrößten Klimastörer zuwendet, der bisher aus allen Konzepten ängstlich ausgespart wurde: der Landwirtschaft. Hier muss sich viel ändern – mit weitreichenden Konsequenzen für die Ernährungsgewohnheiten. Es ist unvermeidlich, dass nach dem Wohnen und der Mobilität auch die Lebensmittel teurer werden.

Die Bauern stellen den Klimaschutz vor zwei massive Probleme. Das erste besteht darin, dass sie zu viel düngen, weil sie anders die hohen Erträge nicht erbringen könnten, die nötig sind, um die Weltbevölkerung zu ernähren. Das zweite Problem ist schlicht: Wir essen zu viel Fleisch. Weltweit werden 71 Prozent aller Ackerflächen für den Anbau von Viehfutter verwendet, Methan aus Rindermägen macht mehr als ein Drittel der Treibhausgas-Emissionen der Landwirtschaft aus.

Österreich rühmt sich seiner traditionellen kleinbäuerlichen Strukturen, aber die glücklichen Kühe auf der Alm rülpfen um nichts weniger als ihre angekettenen Artgenossen in den Riesenställen Niedersachsens. Rindfleisch und Milch werden im Alpenraum im Überschuss produziert und exportiert. Was wird aus den Bauern, wenn sie für ihre Kühe Emissionsabgaben zahlen müssen? Wie rasch steigen dann die Preise für Milch, Butter, Käse und Fleisch? Die Landwirte vom Klimaschutz auszunehmen ist aber genauso undenkbar, dazu ist der Fußabdruck der Feld- und Stallwirtschaft zu groß.

Über die Wasserversorgung macht man sich zu wenig Sorgen

Die landwirtschaftliche Produktion in Österreich wird daher massiv zurückgehen, weil sie die notwendigen Auflagen nicht kostendeckend erfüllen kann. Unrentabel gewordene Agrarflächen werden dann aufgegeben werden, zweifellos mit hohen Förderungen, weil neue Wälder besonders viel für die Klimabilanz bringen. Eine Transformation von Ackerland zu dicht bepflanzt Dauergrünland hat der Weltklimarat, das Intergovernmental Panel on Climate Change, 2019 empfohlen.

Das ist der Grund, warum die Bekehrung des gesamten Agrarsektors zu einer biologischen, ganzheitlichen und extensiven Wirtschaftsweise in den Szenarios nirgendwo aufscheint: Sie würde nur die einzelnen Betriebe umweltfreundlich machen, nicht aber den Sektor als Ganzes, weil dann deutlich größere Flächen erforderlich wären, um die gleichen Erträge zu erhalten.

Eine andere, nicht minder herzlose Form des Bauernsterbens zugunsten des Klimas könnte der technologische Fortschritt bringen. Vielleicht kommt Fleisch künftig aus großen Wassertanks mit Nährlösungen, wo es industriell, aber völlig naturident, mit geringem Ressourceneinsatz generiert wird. Es gibt bereits funktionierende – lediglich noch etwas teure – Verfahren, die aus Stammzellen durch simple Zellteilung Muskeln wachsen lassen. Sauerstoff, Sonne und ein paar Mineralstoffe im Wasser sind die einzigen nötigen Zutaten.

Und es wird nicht bei diesem einen Tabubruch bleiben. Ein Experte der Arena Analyse wagt sogar die Prognose, dass es »zu einer Neubewertung der Verwendung der Crispr/Cas-Genschere kommen muss«, denn die Welt wird dringend Pflanzen brauchen, die hohe Erträge liefern, mit sehr wenig Dünger auskommen und vor allem genügsam im Hinblick auf Hitze und Wassermangel sind.

Über die Wasserversorgung macht man sich in Österreich auffällig wenig Sorgen. Schließlich gilt es als Land der Seen und Gebirgsbäche, wo auf Schritt und Tritt ein frischer Quell sprudelt; das tut es allerdings nur im Volkslied. Tatsächlich legte das Landwirtschaftsministerium im Jahr 2020 Berechnungen vor, wonach die Grundwasser-Ressourcen bis 2050 um 23 Prozent abnehmen werden. Gleichzeitig wird sich der Bewässerungsbedarf der Bauern verdoppeln. Daraus entsteht nicht überall ein Problem, wohl aber in Gegenden, wo die Versorgung bereits jetzt knapp ist, etwa im Marchfeld oder im Nordosten Kärntens. Was dann passiert, dazu hält sich das Ministerium bedeckt, für die Experten der Arena Analyse liegen die Konsequenzen aber auf der Hand: Entweder werden teure Fernleitungen zum nächstgelegenen wasserreichen Hochgebirge gebaut, oder das Wasser wird knapp (und damit teuer), worauf dann entweder die Landwirtschaft aufgibt oder die Bewohner wegziehen.

Aber würde es nicht schon genügen, wenn wir alle – siehe oben – kein Fleisch mehr essen? Eine deutliche Verringerung des weltweiten Viehbestands würde zumindest die unmittelbaren und indirekten Emissionen verringern, würde Ackerland für die Produktion von menschlicher Nahrung frei und sogar das Abbrennen des Amazonas-Urwalds weniger rentabel machen. Aber eine so tiefgreifende Veränderung der Ernährungsgewohnheiten erscheint nicht realistisch, schon gar nicht in ausreichend kurzer Zeit. In Österreich ging der Fleischverbrauch von 66,8 Kilogramm pro Kopf im Jahr 2007 auf 60,5 Kilo 2020 zurück. Die Richtung stimmt, aber bis die Entwicklung Wirkung zeigt, wird es wohl noch eine Weile dauern.

Die Überlegung wirft eine andere Frage auf: Wer ist für den Klimaschutz verantwortlich? Muss »die Wirtschaft« endlich umdenken und »die Politik« endlich aktiv werden, wie das Fridays for Future fordert? Oder müssen wir alle uns reuig zeigen und individuelle Konsum-, Mobilitäts- und Urlaubsgewohnheiten ändern? In der politischen Diskussion wird oft mit Schuldzuweisungen gearbeitet, das geht aber am Problem vorbei, finden die Arena-Analyse-Experten. Klimaschutz braucht beides, sowohl Änderungen bei den großen Strukturen als auch eine neue Art des Denkens und des Verhaltens. Allerdings ist nicht immer klar, wo die größten Hebel sitzen, mit denen die Transformation entweder beschleunigt oder verzögert werden kann.

Dass Bahnfahrten plötzlich wieder als cool gilt, liegt am politisch gewollten und teuer finanzierten verbesserten Angebot, vor allem den Nachtzügen der ÖBB und dem Klimaticket, mit dem man zum Preis von 1095 Euro sämtliche öffentlichen Verkehrsmittel in ganz Österreich ein Jahr lang benutzen darf. Veränderte Rahmenbedingungen sollen zu einem veränderten Verhalten führen.

Bei den Elektroautos geht der Impuls mittlerweile von der Autoindustrie aus, die sich starke Zuwächse erhofft, nachdem der Verkauf von Wagen mit Verbrennungsmotor rückläufig ist – in Österreich waren die Neuzulassungen 2020 und 2021 die niedrigsten seit 35 Jahren. Anscheinend sind die Kommentatoren bereit, sich neu zu orientieren, doch mangelt es noch am Glauben an die Verlässlichkeit der Technologie (wie weit fährt das Ding wirklich?) und an der Infrastruktur (wo lässt sich die leere Batterie aufladen?).

Ein wesentliches Erfolgskriterium der Transformation wird deren Akzeptanz durch die Bevölkerung sein. Klimaschutz als abstrakter Wunsch steht zwar bei den Wählern hoch im Kurs, doch der Applaus wird schnell erbeben, wenn die konkreten Maßnahmen Schmerzen verursachen – zum Beispiel in Gestalt von höheren Benzinpreisen, Windrädern auf der Wiese neben oder verteuerten Urlaubsflügen. Oder auch durch die Nachricht, dass eine seit 20 Jahren geplante Autobahn nun doch nicht gebaut wird, wie es beim sogenannten Lobautunnel im

Osten Wiens der Fall ist. Die Absage des bereits baureif genehmigten Projekts löste umgehend Proteste bei den Bewohnern jener Bezirke aus, die gehofft hatten, mit der Umfahrung den Verkehr in ihrem Viertel loszuwerden.

»Die Eliten und politisch Verantwortlichen müssen der Bevölkerung glaubhaft versichern, dass es sich bei der großen Transformation um keine Strafexpedition handelt«, sagt eine Arena-Analyse-Expertin. Sonst könnten die Anti-Covid-Demonstrationen nahtlos in Anti-Klimaschutz-Proteste übergehen – die Argumente von »Meinungsdiktatur« bis zu »ist wissenschaftlich nicht bewiesen« ließen sich fast unverändert weiterverwenden, auch die Verschwörungstheorien im Hintergrund sind leicht zu adaptieren.

Wie demokratisch kann Klimaschutz sein?

Wird der Klimaschutz zur Gefahr für die Demokratie? Immerhin duldet das große Ziel als solches keinen Widerspruch und keinen Grundsatdiskurs. Das Klima lässt nicht mit sich verhandeln. Genau wie bei der Covid-Pandemie muss die Wissenschaft die Führungsrolle übernehmen, während Politik und Bevölkerung die Empfehlungen umsetzen sollten. Scheinbar ein Traumszenario für machtbewusste Autokraten. Die empirischen Befunde zeigen das Gegenteil. Dort, wo die Demokratie in geringem Ansehen steht, geht auch beim Klimaschutz nicht viel weiter – Viktor Orbán und Jair Bolsonaro oder Wladimir Putin und Xi Jinping können nur höchst lausige Ökobilanzen vorweisen. Die besten und schnellsten Ergebnisse wurden hingegen in Österreich wie auch anderswo in Europa dort erzielt, wo ein Bürgerforum tagte oder ein Online-Partizipationsprozess angestoßen wurde.

Die größte Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft seit der industriellen Revolution könnte also auch einen unerwarteten Demokratisierungsschub bewirken. Wenn wir die Zeichen der Zeit richtig erkennen.

Der Autor ist Managing Partner bei Kovar & Partners und Co-Autor der »Arena Analyse 2022«

Die Arena Analyse

Die Arena Analyse wird seit 2006 vom Wiener Beratungsunternehmen Kovar & Partners in Zusammenarbeit mit der ZEIT und der Tageszeitung *Der Standard* durchgeführt. Ziel der Studie ist es, anhand von Expertenbefragungen kommende Trends aufzuspüren und ihre Hintergründe auszuleuchten

Die Experten:

Ulrich Brand, Fritz Breuss, Erhard Busck, Claus Faber, Franz Fischler, Martin Gerzabek, Thomas Goiser, Julian Hadschieff, Ingrid Höbarth, Markus Höckner, Ferdinand Kaineder, Klaus Kastenhofner, Karl Kienzl, Monika Köppl-Turyna, Thomas Kratky, Werner Linhart, Fred Luks, Thomas Lutz, Irina Nalis, Willi Nowak, Ronald Pichler, Bettina Rausch, Georg Reischauer, Joachim Riedl, Günther Schebeck, Georg Schöpl, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Alois Schrems, Stefan Sinderlar, Christian Swertz, Jürgen Turek, Maximilian Urban, Anton Wais, Marina Wittner, Norbert Zimmermann

ANZEIGE

»Weil wir skeptisch werden, wenn alle einer Meinung sind.«

Giovanni di Lorenzo
Chefredakteur
DIE ZEIT



www.zeit.de/anders

DIE ZEIT
ist anders.